

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Gesundheitsfolgen durch den Klimawandel ernst nehmen – im Aktionsplan Klima und Energie angekündigte Maßnahmen endlich umsetzen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die folgenden bereits im Jahr 2008 im Aktionsplan der Staatsregierung „Klima und Energie“ angekündigten Maßnahmen bis zum 30.06.2016 umzusetzen:
 - a) Einbindung des Ministeriums für Soziales und Verbraucherschutz in die interministerielle Arbeitsgruppe „AG Klimafolgen“,
 - b) Datengewinnung über die gesundheitlichen Folgen der bereits eingetretenen und zukünftig erwarteten Zunahme von Hitze- und Luftbelastungen und von Infektionen durch Zecken,
2. den Aktionsplan „Klima und Energie“, anhand der Erkenntnisse zu 1. mit dem Ziel, die Bevölkerung im Freistaat Sachsen besser vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufgrund des Klimawandels zu schützen, bis zum 31.12.2016 fortzuschreiben,
3. das Hitzewarnsystem in Sachsen bis zum 31.12.2016 wissenschaftlich auf seine Funktionsfähigkeit hin zu überprüfen und notwendige Anpassungen zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung in Sachsen vor extremer Hitze vorzunehmen.

Dresden, den 7. März 2016

b.w.

i.V.
Volkmar Zschocke, MdL
und Fraktion

Begründung:

Mit dem Klimaaktionsplan 2008 hat die Staatsregierung mehrere Maßnahmen beschlossen, um das sächsische Gesundheitssystem an den fortschreitenden Klimawandel anzupassen:

http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/download/luft/Aktionsplan_Klima_und_Energie_080603.pdf.

Sieben Jahre später sind die meisten dieser Maßnahmen immer noch nicht umgesetzt. Im Oktober 2015, hat die für Gesundheit zuständige Staatsministerin Barbara Klepsch (CDU) auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Volkmar Zschocke (Drs. 6/3026) mitgeteilt, dass noch nicht einmal Erkenntnisse über bereits eingetretene gesundheitliche Folgen des Klimawandels vorliegen, obwohl eine Zunahme an Hitzebelastungen und Luftbelastungen nachgewiesen ist und auch zukünftig erwartet wird. Auch über die zukünftig erwartete Zunahme von Infektionen durch Zecken kann das Sozialministerium keine Aussage treffen.

Eine schnelle Einbindung des Ministeriums für Soziales und Verbraucherschutz in die interministerielle Arbeitsgruppe „AG Klimafolgen“ ist dringend notwendig. Die Erkenntnisse über die schon sichtbaren Folgen des Klimawandels werden innerhalb des Umweltministeriums regelmäßig aktualisiert. Auch das Hitzewarnsystem in Sachsen muss dringend auf seine Funktionsfähigkeit überprüft werden.

Die im Antrag formulierten Maßnahmen sollen in Sachsen schnellstmöglich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die sächsische Bevölkerung vor den Gesundheitsfolgen durch den Klimawandel geschützt wird.